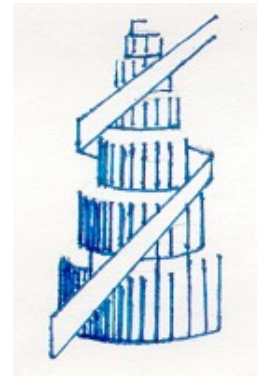




Netzwerk SprachenRechte
Schiffamtsgasse 20/31
1020 Wien
www.sprachenrechte.at



Stellungnahme zum

**„Einführungspapier zur Erstellung eines
Nationalen Aktionsplans für Integration.
Problemfelder. Grundsätze. Maßnahmen“**

Herausgegeben vom Bundesministerium für Inneres

März 2009



Vorbemerkung

Das Netzwerk SprachenRechte begrüßt grundsätzlich den Vorsatz der österreichischen Bundesregierung, sich des Themas „Integration“ im Rahmen eines Nationalen Aktionsplans (NAP) anzunehmen und anerkennt den dahinter stehenden Willen, durch politische Maßnahmen den sozialen Frieden in Österreich zu sichern. Wir stimmen mit der Bundesregierung überein, dass Integration ein Prozess von geteilter Verantwortung ist, bei der Individuen wie auch Gesellschaft Anstrengungen und Anpassungsleistungen erbringen müssen. Die dafür im NAP vorgesehen Rahmenbedingungen im „Handlungsfeld Sprache und Bildung“ sind jedoch u.E. wenig förderlich. Als SprachwissenschaftlerInnen und langjährige PraktikerInnen als Deutschlehrende und DeutschkursanbieterInnen für MigrantInnen sehen wir es als unsere Aufgabe, auf grundlegende und fahrlässige Missinterpretationen von wissenschaftlichen Ergebnissen und Studien, auf die sich der NAP in diesem Bereich offensichtlich stützt, hinzuweisen und unsere Einschätzung der im Einführungspapier zum NAP formulierten Problemfelder, Grundsätzen und Maßnahmen bekannt zu geben.

Sprache und Bildung sind (wie z.B. auch Gesundheit) Bereiche, die per se nicht in der Kompetenz des Innenministeriums liegen und für die dieses auch über keine fachliche Expertise verfügt. Die Einrichtung eines eigenen Staatssekretariats für Integration, in dem ExpertInnen aus allen Fachbereichen zusammenarbeiten, ist unbedingt notwendig, um adäquate Strategien für diesen zentralen Bereich unserer Gesellschaft zu erarbeiten.

1. Es ist eine innenpolitische Illusion zu glauben, dass der Deutscherwerb dem Integrationsprozess vorgeschaltet werden kann.

Es ist unumstritten, dass Deutschkenntnisse im Prozess der Integration eine wichtige Rolle spielen. Es ist jedoch völlig falsch anzunehmen, dass Deutschkenntnisse *Voraussetzung* für Integration sind. Es existiert auch keine Studie, die dies nachweisen würde. Ganz im Gegenteil zeigen Sprachbiografien und Deutscherwerbsverläufe von MigrantInnen deutlich, dass erst Erfahrungen der Aufnahme in und Teilhabe an der deutschsprachigen Gesellschaft den Deutscherwerb fördern – Erfahrung des Ausschlusses und der Diskriminierung behindern



den Deutscherwerb üblicherweise. Erst die Chancen und die Möglichkeiten, die deutsche Sprache auch anzuwenden und die alltägliche Praxis bewirken den Deutscherwerb von MigrantInnen.

Deutschkenntnisnachweise oder Prüfungen erleichtern weder die Integration der Betroffenen, noch sagen die Ergebnisse der Prüfung etwas über deren weiteren Integrationsverlauf aus. Maßnahmen wie die Überprüfung von Deutschkenntnissen vor der Einreise sind daher völlig sinnlos und ausschließlich als Schikane zu bewerten. Gewinner einer solchen Vorgehensweise sind Kurs- und Prüfungsanbieter.

2. Die Deutschkenntnisse der Eltern haben per se weder positiven noch negativen Einfluss auf die Deutschkenntnisse der Kinder.

Die Definition des Problemfelds durch die Aussage: „Mangelnde Sprachkenntnisse der Eltern wirken sich in der Regel negativ auf die Sprachkenntnisse der Kinder aus.“ ist in dieser Form fahrlässig. Sie setzt erstens Sprachkenntnisse von MigrantInnen mit ihren *Deutschkenntnissen* gleich, was eine grobe Missachtung der sprachlichen Identität von MigrantInnen darstellt. Zweitens wird ein negativer Einfluss auf die Deutschkenntnisse der Kinder unterstellt, für den Fall, dass Eltern nur wenig Deutsch beherrschten. Diese Aussage ist aus sprachwissenschaftlicher Perspektive völlig unhaltbar. Ganz im Gegenteil belegen mehrere Studien den erfolgreichen Erwerb der Landessprache durch jene Kinder, die in ihren Familiensprachen aufwachsen und von ihren Eltern in diesen auch positiv bestärkt werden und die so zweisprachig aufwachsen. Nachteilig wirkt sich hingegen aus, wenn der Assimilationsdruck Eltern dazu bringt, zu Hause nicht mehr ihre vertraute Sprache zu sprechen, sondern in der Erziehung der Kinder zur Mehrheitsprache zu wechseln. Eine Politik, die den Deutscherwerb von Kindern aus MigrantInnenfamilien fördern will, muss daher dafür sorgen, dass die wichtige Rolle der Familiensprachen für die sprachliche Entwicklung der Kinder anerkannt wird. Einige wenige Studien, die diesen Grundsatz in Frage stellen, wurden von ErziehungswissenschaftlerInnen oder SoziologInnen erstellt und werden von SprachwissenschaftlerInnen wegen ihrer unangemessenen Forschungsmethodik nicht anerkannt.



3. Bildungsgrad und Sprachkenntnisse sind nur in geringem Maße dafür ausschlaggebend, welche Tätigkeit MigrantInnen in der Arbeitswelt übernehmen. Vielmehr fehlt es seit Langem an einer effektiven Anti-Diskriminierungspolitik.

Es ist bereits seit Längerem bekannt, dass MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt im weit größeren Ausmaß als ÖsterreicherInnen von Dequalifizierung betroffen sind, das heißt, dass sie weit unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt sind. Das Bild der schlecht ausgebildeten MigrantIn ist einseitig und entspricht nicht der Realität. Es fördert vielmehr die negativen Stereotype, mit denen diese Gruppe von Menschen konfrontiert ist. MigrantInnen machen tagtäglich die Erfahrung, dass ihnen ihre mitgebrachten Qualifikationen und ihre ausgezeichneten Deutschkenntnisse am Arbeitsmarkt nichts nützen. Die in Kapitel 8 angekündigte Anerkennung von Bildungsabschlüssen ist ein begrüßenswerter Schritt, der aber ohne wirksamen Diskriminierungsschutz wirkungslos bleibt.

4. Sprachkenntnisse und Selbstbewusstsein stehen in einem wechselseitigem Verhältnis: Sprachkenntnisse fördern nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern umgekehrt ist auch das Selbstbewusstsein für den Erwerb einer neuen Sprache essentiell.

Der Sprachlehr- und -lernforschung ist seit Längerem bekannt, dass das Selbstbewusstsein für den Erwerb einer neuen Sprache zentral ist. Erlebt man sich selbst in einer Sprache als inkompetent bzw. wird einem ein solches Bild vermittelt und wird die jeweilige Erstsprache nicht wertgeschätzt, so kann sich das negativ auf das sprachliche Selbstbewusstsein und damit auch auf die Sprachlerndisposition auswirken. Eine Integrationspolitik, wie sie im NAP repräsentiert ist, die MigrantInnen ausschließlich als defizitär wahrnimmt und nicht vor Diskriminierung und Ausgrenzung durch die Gesellschaft schützt, stört daher den Sprachlernprozess anstatt ihn zu fördern.

5. Sprachförderung im Kontext von Integration braucht mehr als nur Deutschkurse.

Deutschkurse alleine können das Ziel, dass MigrantInnen Deutschkenntnisse erwerben, nicht erfüllen, da das Sprachenlernen auf vielen Ebenen und vor allem in der Praxis des Sprachgebrauchs stattfindet. So zeigten Evaluationen von Integrationsprogrammen in benachbarten Ländern (z.B. Deutschland), dass die gesetzlich vorgeschriebenen Lernziele



durch verpflichtende Deutschkursbesuche nicht erreicht werden konnten. Das hat aber nicht nur, wie vielfach angenommen, mit Dauer und Qualität der Sprachkurse zu tun, wiewohl diese essentiell sind, sondern auch damit, dass begleitende Maßnahmen notwendig sind. Dazu gehört u.a. die Möglichkeit der praktischen Anwendung des Gelernten wie auch die Möglichkeit, in existentiellen Fragen in der Herkunftssprache kommunizieren zu können. Auch Integrationsangebote in den Herkunftssprachen der MigrantInnen wirken sich positiv auf das Lernen der Landessprache aus, wie Erfahrungen in skandinavischen Ländern zeigen.

6. Es fehlt bisher eine wissenschaftlich fundierte und kritische Evaluation der sogenannten Integrationsvereinbarung, die ihre Ausweitung rechtfertigen würde.

Es gibt keinerlei Nachweis dafür, dass sich durch die Einführung der sogenannten Integrationsvereinbarung die Deutschkenntnisse von MigrantInnen nachhaltig verbessert hätten, noch dass sie dadurch Fortschritte in ihrer sozialen Integration erzielt hätten. Eine unabhängige Evaluation der seit 2003 gesetzten Maßnahmen und eine unabhängige Überprüfung der fachlichen Arbeit des ÖIF wären dringend notwendig.

Die Verpflichtung zum Besuch von Deutschkurse durch eine 2009 durchgeführte Umfrage oder Studie zu rechtfertigen, deren Quelle nicht nachvollziehbar ist, mag vielleicht innenpolitisch opportun sein, ist aber wissenschaftlich nicht haltbar und äußerst bedenklich. Ergebnisse von noch nicht publizierten Studien zeigen hier ein differenziertes Bild. MigrantInnen wollen Deutsch lernen und deswegen werden die Verpflichtung als unnötig, hingegen die hohen Kosten für die Kurse als schwierige Hürde empfunden.

Wir hoffen, dass unsere Bedenken ernst genommen werden und stützen diese Hoffnung auf den Vorsatz der Bundesregierung, wissenschaftliche Begleitung der Integrationsarbeit zu berücksichtigen (Einführungspapier, S. 5).

Wien, März 2009